

**Bezugspreis:**  
Bezahlb. 3. - M., monatl. 10. - M.,  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Ver-  
b. 3. - M., monatl. 10. - M., erst Zu-  
stellungsgeld. Unser Kreuzband für  
Deutschland und Österreich 16.50 M.,  
für das übrige Ausland bei täglich  
einmal. Kautellung 21.50 M. Post-  
stellungen nehmen an Österreich,  
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz. - Eingetrogen in  
die Post-Vermittlungs-Verträge.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen-  
täglich zweimal. Sonntags und Woch-  
tags einmal.

Telegraphische Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Einzelnenpreis:**  
Die achtgegründete Kampfbroschüre  
„Klein-Kampfbroschüre“ das ist  
gebundene Broschüre, jedes weitere  
Broschüre 60 Pf., Stielgebühren mit  
Schlussbestimmungen das erste Wort  
60 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf.  
Worte über 15 Buchstaben zählen für  
zwei Worte. Lernzettelgebühren 50%.  
Familien-Anzeigen für Abonnenten  
Seite 2. - M., politische und ge-  
werkschaftliche Vereins-Anzeigen  
2. - M., die alle ohne Aufschlag.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Lernzettelgebühren Berlin SW. 3, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Bestell-  
zeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 4. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54.

## Kundgebung der Eisenbahner.

Der Sechzehner-Ausschuss der unterzeichneten Verbände  
erläßt folgenden Aufruf:

An die Eisenbahner!

Die Verhandlungen mit der Reichsregierung über  
die Forderungen der Eisenbahner-Organisationen  
sind am Montag, den 3. Januar, aufgenommen worden  
und werden am Mittwoch, den 5. Januar, im Reichsver-  
kehrsministerium fortgesetzt. Die Regierung hat die  
Bereitswilligkeit ausgesprochen, innerhalb der Grenzen des  
Möglichen alles zu tun, um die Notlage der Beamten  
und Arbeiterschaft zu beheben. Die Regierung ist auch  
gewillt, die Verhandlungen mit besten Kräften zu beschleu-  
nigen und im Benehmen mit den Ländern so rasch wie mög-  
lich eine Vorlage an den Reichstag zu bringen, der sie  
gleichfalls vorzugsweise verabschieden wird. Wir  
fordern sämtliche Eisenbahner auf, das Zustandekommen  
bedingender Vereinbarungen jetzt nicht zu fördern und des-  
halb Aktionen zu unterlassen. Mühte es zu solchen kom-  
men, so rufen die unterzeichneten Organisationen rechtzeitig  
dazu auf. Ueber die Verhandlungen wird, sobald positive Er-  
gebnisse feststehen, eingehend berichtet werden.

Deutscher Eisenbahnerverband.

Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und  
Anwärter.

Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter,  
Allgemeiner Eisenbahnerverband.

## Entwaffnungsfrist für Deutschland?

Paris, 4. Januar. „Echo de Paris“ schreibt zu der Ent-  
waffnung Deutschlands, daß sich in England und ander-  
wärts die Meinung geltend mache, daß man der deutschen Re-  
gierung eine Frist bewilligen könne, um zur Aufhebung der Sicher-  
heitspolizei und der anderen militärischen Organisationen zu  
schreiten.

London, 4. Januar. (E.E.) Reuters veröffentlicht eine Note über  
die Entwaffnung Deutschlands, in der es heißt, Eng-  
land sei der Ansicht, daß die deutschen Behörden sich seit der Kon-  
ferenz von Spa ehrenhaft ihrer Verpflichtungen ent-  
ledigen. Es sei wahr, daß eine gewisse Anzahl von Waffen noch  
verborgen sei, man müsse aber zugeben, daß die deutschen Be-  
hörden sich Schwierigkeiten gegenüber befänden, für welche man

sie nicht verantwortlich machen könne. Die Abrüstung werde  
erst dann glatt vollzogen sein, wenn alle in Deutschland befind-  
lichen Waffen abgeliefert sein würden. Die Kontrolle der  
Waffen müsse demnach fortgesetzt werden.

Die Herabsetzung der regulären deutschen  
Truppen auf 100 000 Mann, die bis zum 1. Januar hätte voll-  
zogen sein müssen, hat sich auch im großen ganzen tatsächlich voll-  
zogen. Man wird vielleicht in einigen Wochen erfahren, daß in ge-  
wissen Punkten diese Herabsetzung nicht mit der wünschenswerten  
Genauigkeit durchgeführt worden sei, das seien aber Einzel-  
fragen, welche die große Linie der vollzogenen Aufgabe nicht  
berühren. Jetzt sei eine Feststellung in dieser Hinsicht noch un-  
möglich, da keinerlei Nachrichten hierüber vorliegen, deshalb könne  
man auch nicht eine endgültige Meinung über die Frage der Sicher-  
heits- und Ordnungspolizei aussprechen. In jedem Fall seien die Eng-  
länder und die Franzosen über die Notwendigkeit, das Abkommen  
von Spa zu vollziehen, einig.

Die Einrichtung der Einwohnerwehren, der Orge-  
sch und anderer freiwilliger Formationen sind der einzige Gegenstand,  
über welchen eine leichte Meinungsverschiedenheit  
zwischen England und Frankreich besteht. Diese Meinungs-  
verschiedenheit bezieht sich auf die Raschheit, mit welcher die  
Verabschiedung dieser Formationen durchgeführt werden soll. Die  
bedeutendsten Mittelpunkte der Freiwilligenformationen sind Ost-  
preußen und Böhmen, wo die Furcht vor dem Bolschewis-  
mus deren Anwesenheit durchaus als berechtigt erscheinen  
läßt, so daß dort eine sofortige und vollständige Verabschiedung  
dieser Formationen nicht willkommen wäre. Nichtsdestoweniger  
glaubt man aber in England, daß die Stärke dieser Formatio-  
nen größer sei als es wirklich notwendig wäre. Die für die Ver-  
abschiedung dieser Formationen anzubereitenden Termine  
müßten den Gegenstand von Besprechungen mit den Franzosen  
bilden und das sei einer der Gründe, welcher die sofortige Zu-  
sammenberufung einer Konferenz der Ministerpräsidenten rech-  
t fertigen würde. Die Befehle des Ruhrgebietes soll  
nur im äußersten Notfall erfolgen, d. h. im Falle militärischer  
Operationen gegen Polen und in Ostpreußen.

Die Engländer betonen die Vorschriften des Artikels 179  
des Friedensvertrages, der sich auf die Verbreitung von Geheimi-  
nissen bez. Explosionsstoffen und chemischen Pro-  
dukten bezieht, als sehr wichtig, dessen Vorschriften von Deutsch-  
land noch nicht in befriedigender Weise erfüllt wurden. Dennoch  
wäre es verfrüht, die in dieser Hinsicht zu ergreifenden Maßnahmen,  
falls solche in Aussicht genommen wären, jetzt schon zu erörtern.

## Die Spaltung in Frankreich.

Von Josef Steiner-Jullien.

Tours, 31. Dezember.

Die Einheit der Partei ist in Gefahr. Moskau hat  
über die verzweifelten Anstrengungen der französischen Ge-  
nossen, die Parteieinheit zu wahren, gesehigt. Der Sieg war  
weder leicht, noch ist er rühmlich. Die Früchte wird die fran-  
zösische Bourgeoisie einheimen. Wie andernwärts, so hat sich  
auch in Frankreich die Moskauer Internationale um die  
Interessen der Bourgeoisie verdient gemacht.

Ehe wir jedoch das Fazit dieser zwei schmerzlichen Tage  
ziehen, müssen wir kurz auf die Debatten und die Beschlüsse  
zurückkommen. Die Verhandlungen, die im Laufe des Mitt-  
wochs nachmittag zwischen den Zentrifisten und den Moskauer  
gepflogen worden waren, hatten sich zerlegt. Es mußte  
also über die verschiedenen Resolutionen abgestimmt werden.  
Eine Nachsitzung wurde anberaumt, die um 9 Uhr abends be-  
gann und um 3 Uhr morgens erst beendet war. Die Sitzung  
begann unter äußerst stürmischen Zwischenfällen. Ein An-  
hänger der Linken, der aus der Reihe zu tanzen suchte  
und einen vermittelnden Antrag einbringen wollte, wurde von  
seinen Parteigängern niedergebüllt und schließlich mit Ge-  
walt von der Tribüne heruntergeholt. Dabei kam es zu einer  
Brüchigkeit. Als sich die Erregung etwas gelegt hatte, wurde  
abgestimmt. Für den Anschlag an Moskau wurden (wie be-  
reits telegraphisch gemeldet. Red. d. „V.“) 308 Mandate ab-  
gegeben, für den Antrag der Zentrifisten, der verschiedene  
grundfällige und taktische Vorbehalte macht, 1022, während  
die Rechte mit 397 Mandaten sich der Abstimmung enthielt.

Der Abstimmung folgte ein letzter Versuch der Zentrifisten,  
die Einheit der Partei zu retten. Sie brachten einen Antrag  
ein, der aussprach, daß die Partei entschlossen ist, „die gegen-  
wärtige Einheit der Partei aufrechtzuerhalten“. Nach einer  
äußerst bewegten, stellenweise tragischen Debatte wurde der  
Antrag des Zentrums mit 3247 gegen 1398 Stimmen abge-  
lehnt. Damit war die Spaltung unermesslich geworden.  
Namens der Rechten gab hierauf Vaoli eine längere Erklä-  
rung ab des Inhalts, daß die Partei durch den Anschlag an  
Moskau aufgehört habe, eine sozialistische Partei zu sein, daß  
diese in einem anderen Saale ihre Tagung fortsetzen werde.  
Darauf verließ die gesamte Rechte den Saal.

Paul Faure erklärte hierauf namens des Zentrums,  
daß dieses einmütig beschlossen habe, den Kongress zu ver-  
lassen, falls sein Antrag abgelehnt würde. Doch wollte es nach-  
mals Stellung nehmen.

Frossard beäwort darauf die Zentrifisten, die Partei  
nicht zu verlassen. Sie bedürften der Kommunisten, wie die  
Kommunisten ihrer bedürften. Doch Longuet und seine Freunde  
hüllten sich in eisiges Schweigen. Darauf richtete Presse-  
mane eine Anfrage an den Parteisekretär. „Die kommuni-  
stischen Grundzüge“, erklärte er, „kann ich nicht anerkennen.  
Ich kann und will nur, wie seit 23 Jahren, eine sozialistische  
Politik treiben. Nach den Moskauer Bedingungen muß ich  
aber ausgeschlossen werden. Ich frage deshalb an, ob es mir  
weiter gestattet sein wird, in der Partei, wie vorher, eine  
Politik der Klassenorganisation und der sozialistischen Grund-  
sätze zu vertreten.“

Frossard vermied es, eine bestimmte Antwort zu  
geben, worauf Pressemane erklärte, daß keine Antwort auch  
eine Antwort sei und mit einigen Genossen den Saal verließ.  
Die Spaltung der Partei war vollzogen.

Am Donnerstag vormittag versammelten sich die Zen-  
trifisten und beschlossen nach kurzer Beratung, sich mit der  
Rechten zu vereinigen. Gleichzeitig hielten die Kommu-  
nisten eine kurze Sitzung ab. Am Nachmittage fand die  
erste gemeinsame Sitzung der beiden sozialistischen Fraktionen  
statt und am Abend konstituierten sie sich zum Kongress der  
sozialistischen Partei. Der Kongress beschloß, an der  
internationalen Konferenz in Wien teilzunehmen, wählte  
die Parteileitung und die Agitationsleiter. In Mitglieder  
der Parteileitung wurden gewählt: Guesde, Brode,  
Paul Faure, Longuet, Mikral, Boncour,  
Pressemane, Renardel, Sembat usw. Von den  
24 Vorstandsmitgliedern gehörten 15 dem Zentrum an. Als  
provisorisches Zentralorgan wurde der „Populaire“ bestimmt.

Soweit sich gegenwärtig die Situation übersehen läßt, sind  
von den 70 Abgeordneten, die der Parteifraktion angehören,  
60 der sozialistischen Partei beigetreten, 8 der kommunistischen,  
während die Haltung von 2 Abgeordneten noch unbestimmt ist.

Gleichzeitig hielten auch die Kommunisten ihre Schluß-  
sitzung ab. Ihrer Parteileitung gehören an: Alexander  
Blanc, Cachin, Dunois, Frossard, Soriot,  
Paul Louis, Meric, Rappoport, Renault,  
Soumarin, Vaillant-Couturier usw. Sehr zu-  
berühmlich waren die Kommunisten nicht gestimmt, trotz des  
bedeutenden Ueberwichts, das sie unstrittbar nach der Zahl  
ihrer Anhänger haben. Denn sie wissen sehr wohl, daß diese  
Zahlen nicht viel beweisen. Erfreut weil nur etwa ein Viertel  
der Mitglieder an den Delegiertenwahlen teilgenommen haben

## Die Abstimmung in Oberschlesien.

Auf den Abstimmungsentscheid der Interalliierten Kom-  
mission für Oberschlesien, wie ihn die „Breslauer Zeitung“  
ausgangsweise veröffentlicht, das näherer einzugehen, erübrigt  
sich. Er lehnt sich in allen wichtigeren Punkten an den Sep-  
temberentscheid des polnischen Plebiszitkommissariats an und  
denunziert sich so selbst. Denn Polen hat naturgemäß nur ein  
Ziel vor Augen: das deutsche Element in Oberschlesien nach  
Möglichkeit auszuwischen, und hat auch das Abstimmungs-  
reglement ganz darauf zugeschnitten. Es ist gut, daß die unter  
französischen Einfluß stehende Interalliierte Kommission in  
Oppeln den polnischen Wünschen so offen Rechnung trägt. Auf  
diese Weise wird es Deutschland leicht gemacht, vor aller Welt  
darzutun, warum ihm eine derartige Regelung der ober-  
schlesischen Frage, die mit einer gerechten Volksabstimmung  
nichts mehr gemein hat, als unannehmbar gilt.

Nach dem Friedensvertrag soll der Stichtag für die Ab-  
stimmungsberechtigten in Oberschlesien nicht nach dem 1.  
Januar 1919 liegen, d. h. wer nach dem angeführten  
Termin nach Oberschlesien zugezogen ist, darf an der Ab-  
stimmung nicht teilnehmen. In willkürlicher Deutung dieser  
Bestimmung lehnt die Interalliierte Kommission den Stichtag  
auf den 1. Januar 1904, also um 15 Jahre zurück. Wenn  
auch zugestanden werden darf, daß eine gewisse Fristsetzung  
für die Abstimmungsberichtigung gerechtfertigt ist, so schlägt  
es doch den demokratischen Prinzipien ins Gesicht, 15 Jahre  
Vorbereitungszeit für die Teilnahme an einer Wahl als  
Norm zu setzen. Aber der Grund für diesen Abstimmungs-  
paragrafen ist durchsichtig. Die Beamten, Kaufleute  
und zum Teil die Arbeiter sind in Oberschlesien zugleich  
das deutsche und das am meisten bewegliche Element. Nur  
der geringste Teil von ihnen ist seit 15 Jahren ununterbrochen  
in Oberschlesien ansässig. Sie sollen enteignet werden, nach-  
dem vorher durch die Bestimmung der zwei-Termin-Abstim-  
mung das Abstimmungsrecht der 300 000 in Deutschland  
wohnenden Oberschlesier problematisch gemacht worden ist. Da  
diese Kategorien die Führung in den ober-schlesischen Städten  
haben, würde ihre Kollektivität das Abstimmungsresultat in  
den Städtbezirken wesentlich beeinflussen. Die Stadt als  
Hochburg der Deutschen sollten auf diese Weise dem Polen-  
tum überliefert werden. Das als kleines Beispiel für die Ob-

jektivität, mit der das Reglement der Interalliierten Kom-  
mission die „Volksabstimmung“ durchzuführen gedenkt.

Wir müssen gestehen, daß uns für das Vorgehen der  
Entente jedes Verständnis fehlt. Wenn man Oberschlesien von  
vornherein Polen zusprechen wollte, hätte man einfachere  
Wege gehen können, wollte man eine wirkliche Volksabstim-  
mung, so hätte man sie auch objektiv durchführen müssen,  
wollte man aber nur den frommen Schein der Objektivität  
wahren, dann nutzen die Wege des Pariser Vorschulerrats  
und der Interalliierten Kommission in Oppeln doch ein wenig  
sonderbar an.

## Der Kampf gegen das Deutschtum.

Königsbütte, 3. Januar. (V.P.R.) Die Direktion des staatlichen  
Gymnasiums in Königsbütte ist von der Interalliierten Kom-  
mission aufgefordert worden, dem an seiner Anstalt beschäftigten  
Studentenrat Janscha, der an der Spitze des deutschen  
Plebiszituntersekretariats von Königsbütte steht, diese  
Tätigkeit zu verbieten, da sie mit seiner Stelle als Be-  
amter unvereinbar sei. Herr Janscha hat daraufhin erklärt, daß der  
Aufgabenkreis der deutschen Plebiszitkommissariate grundsätzlich jede  
Propagandatätigkeit ausschließt. - Die ober-schl. Blätter berichten, ist  
fast allen in den Plebiszitkommissariaten täti-  
gen Beamten ein denartiges Verbot zugegangen. Da es sich  
hier um einen Versuch handelt, den Beamten ihre durch die Reichs-  
verfassung garantierten staatsbürgerlichen Rechte zu schmälern, haben  
sowohl der Bund Oberschlesischer Beamter und Lehrer als auch das  
Deutsche Plebiszitkommissariat in Katowitz und die polnischen Par-  
teien gegen diesen Schritt der Interalliierten Kommission Stellung  
genommen.

Auflösung des Baradenazarets Tempelhof. Durch Verfügung  
des Reichswirtschaftsministeriums ist am 1. Januar das große, im  
Kriege erbaute Baradenazarett Tempelhof geschlossen worden. Wie  
wir berichteten, hatten die dort lebenden Kranken sich anfänglich  
einer Ueberführung in Berliner Krankenhäuser mit allen Mitteln  
widersetzt. Dem vermittelnden Eingreifen des Hauptverordnungs-  
amtes Berlin ist es jedoch gelungen, einen Ausgleich zu schaffen.  
Die Verwundeten und Ueberlebenden werden in den neuen  
Geleisstätten entsprechend ihrer bisherigen Unterbringung zusammen-  
gelegt. Am gestrigen und heutigen Tage wurde der Abtransport der  
250 Kriegsverletzten aus Tempelhof ohne Reibungen durch-  
geführt.



und erfahrungsgemäß es die gemäßigteren Elemente sind, die sich bei Streitigkeiten vom Parteileben fernhalten. Andererseits ist für die große Masse der Mitläufer die Partei durch ihre Führer verkörpert. Die bekannten Führer sind aber fast alle zur sozialistischen Partei übergetreten. Es kommt noch hinzu, daß die Kommunisten mit der Mehrheit der Gewerkschaften sich im offenen Kampf befinden und also zwischen zwei Feindern stehen werden. Wohin die Masse der Mitglieder sich wenden wird, werden erst die nächsten Wochen entscheiden.

Für die Gewerkschaften ist die Spaltung der Partei beinahe ein Glück. Das bringt zwar Verdruss, ist aber in der Kampfstellung der Kommunisten gegen die Gewerkschaftsmehrheit begründet. Wäre die Spaltung nicht gekommen, dann würde sich die ganze Wucht der Partei gegen die Gewerkschaftsmehrheit gemeldet haben, um auch dort die Moskauer Richtung durchzusetzen. Die Spaltung der Partei schwächt deren Stosskraft erheblich ab. Außerdem kann die Gewerkschaftsmehrheit der Unterstützung der sozialistischen Partei sicher sein. Schließlich können die Gewerkschaften nunmehr ein durchschlagendes Argument für ihre politische Neutralität anführen und ihre Unabhängigkeit gegenüber den beiden Parteirichtungen geltend machen.

Politisch ist die Spaltung ein wahres Simeleisgefecht für die bürgerlichen Parteien, besonders für den „nationalen Block“. Die wachsende Unzufriedenheit nicht allein der Arbeiter, sondern mehr noch der Mittelschichten, der Bauern, der Intellektuellen, der Beamten und der Kleingewerbetreibenden, machte den bürgerlichen Parteien sehr zu schaffen. Die Spaltung wird natürlich zu einem beständigen Bruderkrieg führen, wovon die bürgerlichen Parteien allein allen Nutzen ziehen werden. Moskau hat in Frankreich, wie anderwärts, für die Bourgeoisie gearbeitet.

Interessant dürfte die Entwicklung in Elsaß-Lothringen werden. Auch dort hat die große Mehrheit für Moskau gestimmt. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß die Organisationen im Elsaß sich spalten. Und es ist deshalb wahrscheinlich, daß sich in Elsaß-Lothringen eine autonome Partei etabliert. Doch das wird wesentlich davon abhängen, ob die Kommunisten den Ausschluß der führenden Genossen fordern werden, die durchweg im ermäßigten Lager stehen.

### Ein Kommunist erschossen.

In der Nacht vom 28. zum 29. Dezember wurde der Kommunist Paul Hoffmann in Hildesburg von Angehörigen der Sicherheitspolizei erschossen. Einer Darstellung der T. zufolge war Hoffmann aus seiner Wohnung heraus verhaftet und im Auto nach der Kaserne gebracht worden. Dort soll Hoffmann nach Anrede des Führers der Sicherheitspolizei einem Wachmeister, der ihn in den Kasernehof transportieren sollte, einen Stoß vor die Brust gegeben haben, um entfliehen zu können. Daraufhin habe die Begleitmannschaft noch dreimaligen Schüssen zwei Schüsse abgegeben. In demselben Augenblick seien ein paar Schiffe aus der Kaserne gefallen, die Hoffmann töteten.

Von der „Roten Fahne“ wird die Richtigkeit dieser Angaben bestritten. Nach ihrer Darstellung wollte ein Spion namens Paul Reichert den Hoffmann zwingen, für ihn Berichte über kommunistische Versammlungen abzuschreiben. Als Hoffmann dies ablehnte, richteten der Reichert in Begleitung von Sipos, Mannschaften in seiner Wohnung. Die Wohnung wurde gewaltsam aufgeschlossen, Hoffmann verhaftet und im Auto nach der Kaserne gebracht. Am nächsten Morgen war Hoffmann tot. Der Führer der Sipos, Major Plaskow, suchte die Ermordung Hoffmanns mit den üblichen Hinweisen auf einen Fluchtversuch usw. zu rechtfertigen.

Auch uns erscheint diese Art der Darstellung höchst unglaubwürdig. Seit der Revolution sind die „Mordversuche“ politisch wichtiger Personen nachgerade zur Tagesordnung erhoben worden. Eine Anzahl glatter Mordmorde

### Das tote Kind.

Sterbensmatt, fiebernd lag die Wöchnerin in dem ärmlichen Bett. Ihre Hände strichen angstvoll, tauglich den gestopften saden-scheinigen Bettbezug glatt, unzufrieden, bis sie die Schwester sanft festhielt. Trübend redete sie auf die junge Mutter ein:

„Ist es denn gar so schlimm? Es hat doch auch kein Gutes, daß das Kind tot ist. Ihr habt doch gerade genug davon zu beuten, daß ihr eure zwei durchsitzt.“

Die Wöchnerin suchte Ordnung in die traurigen und bitteren Gedanken zu bringen, die ihr wie durch das Gehirn liefen. Jogernd, als müsse sie erproben, ob sie noch Worte formen könne, sprach sie in das beginnende Dämmern, das mitleidig alle Kernlichtheit der Wohnung, alle kranken Häßlichkeiten der vergangenen Entbindung bedeckte, hinein:

„Du hast ja recht. Aber — nun war es soweit gekommen. Nun haben wir doch alles angefaßt.“

Der Mann trat hinzu: „Martha, wiehst du noch, wieviel Schulden wir für die Windeln und die Wäsche gemacht haben? Jetzt verkaufen wir das Zeug, dann können wir das Sofa einlösen und unsere beiden Bengels können wieder rechts und links von Mutter sitzen und müssen artig sein, sonst bekommen sie einen Knaps.“

Sie lächelte, noch etwas ängstlich: „Du wolltest aber so gern ein Mädchen haben.“

Die Schwester beugte sich zu ihr, flüsterte: „Weihst du noch, wie du mir so oft gemeint hast, weil doch ein Kind kam und ihr euch fest vorgenommen hattet, in der teuren Zeit keins zu kriegen?“

Sie erinnerte sich wohl der Tränen, der schlaflosen Nächte, als sie die Gewißheit hatte, wieder Mutter zu werden und kein Ausweg mehr war, das zu vermeiden. Ihr Mann strich ihr mit harter Hand, so leicht er konnte, über die Wangen; er dachte an die furchtbare zwiespältige Angst, an die vor dem Zuchthaus, an die vor dem Kinde, für das weder Nahrung noch Kleidung zu erschwingen war. Und er sagte trozig:

„Ganz gut, daß es so gekommen ist. Die Sorge sind wir los.“

Die Wöchnerin weinte in die Kissen:

„Das arme Barm. Muhte es geboren werden, um tot zu sein? Wozu waren denn die Schmerzen? Bloslich erkand ein Bild vor ihr: Ein Kind mit großen Hungeraugen, verkrümmtem Körper, aufgeblasenem Leib. Sie klammerte sich an die Hand ihres Mannes:

„Es hätte sich fürchtbar quälen müssen. Eher wäre ich verhungert, als mein Kind!“

Der Mann befähigte:

„So braucht keiner zu hungern.“

wurde mit diesen Sägen entschuldigt und der Sühne entzogen. Wir erwarten eine strenge Untersuchung der Angelegenheit, die feinesfalls wieder ein Opfer des militärischen Verjährungssystems werden darf.

### Schreckliche Strafe für einen Kappisten.

Gestern erlebte die Welt das Schauspiel, daß die Kappisten den Staatssekretär Dr. Freund, den Jagow bei der Übernahme des Preussischen Ministeriums des Innern am 13. März 1930 vom Dienst entbot, nachträglich bei seiner Würde als Kappisten demütigen und ihn ein Disziplinarverfahren auf den Hals heften. Da Dr. Freund's Verhalten sich als einwandfrei herausstellte, ist das Verfahren eingestellt worden. Dazwischen großes Wutgeheul in der Kappistenpresse. Anlässlich dieses Vorganges erscheint es angebracht, an einen anderen Fall zu erinnern, in welchem ein wirklicher Kappist von einer „fürchterlichen“ Strafe ereilt wurde.

Bekanntlich verfuhr der ebenso eitle als ehrgeizige Oberpostdirektor Sönksen den Märzputz als günstige Gelegenheit zu benutzen, um sich für seinen wertvollsten Körperteil einen Ministerposten zu verschaffen. Er ließ sich von Herrn Kapp zum Reichspostminister ernennen und erschien im Reichspostministerium, um sich dort von den Beamten — eine blühende Absicht zu holen. Herr Kapp entzündete und gegen Herrn Sönksen zog das Strafgericht heran. Außer dem Verfahren beim Reichsgericht wurde natürlich auch das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienstentlassung gegen ihn eingeleitet. Doch die Rührer der Gerichte mochten bei solchen Herren sehr langsam — wenn sie überhaupt mochten. So kam die Amnestie, und da Herr Sönksen wirklich kein Führer war, mußte das Strafverfahren gegen ihn eingestellt werden. Doch nicht genug damit. Herr Sönksen ist einer von denen, die sehr viel Glück haben, und so erkannte man auch, daß die Gesundheit des Herrn Kappisten infolge seiner Ministeramtigkeit derart angegriffen war, daß man das Disziplinarverfahren, das mit der Amnestie laut Kabinettsbeschluss nichts zu tun hatte, niederlegte. Nun war Herr Sönksen, der inzwischen Ministerialrat geworden war, vollkommen frei und konnte sich in Ruhe der erheblichen Gehaltssteigerung erfreuen, die ihm die Besoldungsregelung gebracht hatte und seine erschlaffte Pension vergrößerte. Die Strafe, welche den Kappisten bisher also ereilt, bestand in einer beträchtlichen Gehaltssteigerung, die lebenslang von den bürgerlichen Parteien noch um ein paar tausend Mark vermehrt wurde. Kein Wunder, daß dieser Erfolg Herrn Sönksen nicht ruhen läßt; denn man kann ja nicht wissen. Beim zweiten Putz wird er vielleicht doch noch Minister.

Also Herr Sönksen betreibt, wie Eingeweihte versichern, mit Hochdruck seine Wiedereinstellung. Man sieht ihn in Berlin von einem Ministerium ins andere, vom Reichstag ins Abgeordnetenhaus laufen, um bei einflussreichen Persönlichkeiten der Kapp-Parteien Hilfe für seine Pläne zu erbitteln. Ja, sogar an Premierminister Kapp soll Herr Sönksen mit einem derartigen Ansuchen herangetreten sein. Von einer Seite wird sogar behauptet, daß Herr Sönksen bereits wieder in einem Ministerium in Berlin ein Unterkommen gefunden haben soll.

### Bethmann und der Dolchstoß.

Das „B. L.“ veröffentlicht ein bisher unbekanntes Schreiben des verstorbenen Bethmann Hollweg, seine Antwort auf eine Rundfrage über die politische Situation, die Bethmann in den Tagen nach der Revolution schrieb. In seiner Antwort heißt es:

„Nicht weil deutscher Geist versagt hätte, haben wir die grausamen Waffenstillstandsbedingungen annehmen müssen, sondern weil nach dem Zusammenbruch unserer Bundesgenossen weiterer Widerstand gegen eine zermalmende Uebermacht andächtlos war.“

Bethmann ist zwar vor dem Untersuchungsstandesrat der Alldeutschen wieder etwas näher gerückt, aber gerade deshalb ist es bezeichnend, wie er unmittelbar unter dem Eindruck der Katastrophe dachte und sprach. So haben damals sämtliche Überhaupt erst zu nehmenden Leute rechts und links gedacht und geschrieben, erst Monate später ist dann von der alldeutschen Agitation die Dolchstoß-Legende gezimmert worden.

Dräuende Priesterworte aus der Kinderzeit rief die Krante selbstquälerisch in sich nach:

„Aber es ist Sünde, über ein totes Kind glücklich zu sein.“

Der Mann beehrte auf:

„Sünde? Ist es nicht viel mehr Sünde, Kinder gebären zu müssen, für die kein Brot da ist?“

Sie schwiegen. Ihre Seelen schaudten die letzten Worte gleich schmerzstillendem Narkose. Weiß und milde umwoh die Dämmerung die drei, schlieferte die Wöchnerin ein zu erquickendem Schlaf.

Die Schwester flüsterte: „Es ist das Beste gewesen. Für Euch, für das Kind.“

„Moderne Kunstunterricht. Arbeiter- und Kinderkunst“ nennt sich eine kleine, sehr interessante Ausstellung von Zeichnungen und Gemälden, die die Volkshochschule Lichtenberg bei L. Wardy (Potsdamer Str. 12) veranstaltet. Wir lernen hier die Früchte einer neuen Kunstpädagogik kennen. In meiner Zeit bestand der erste Kunstunterricht darin, daß man fertige „Vorlagen“ kopieren ließ. Später, unter dem Einfluß des Naturalismus, wurde ausschließlich nach der Natur gezeichnet. Der moderne Kunstunterricht, wie ihn der vortreffliche Lehrer Müller an der Lichtenberger Volkshochschule erteilt, verzichtet auf jegliches Kopieren oder Nachbilden. Er regt die Phantasie in erster Linie an, gegebene Lichtflächen selbständig in Linien, Formen und Farben rhythmisch zu gliedern, also das zu schaffen, was man die Linien- und Farbensonnetten eines Bildes nennt. Ob die Linien, Formen und Farben dann zugleich äußere Wirklichkeitsbilder darstellen, das kommt erst in zweiter Linie in Betracht. Das erste Ziel des Unterrichts ist die möglichst unbeeinträchtigte und unbefangene Gestaltung irgendeines Gefühls oder einer Stimmung, die in rhythmisch geordnete Linien und Farben übertragen werden.

Die künstlerische Nachbildung von Naturbildern erfordert immer eine gewisse mechanische Fertigkeit. Beim Arbeiten mit den reinen Kunstmitteln aber ist die Stärke des künstlerischen Gefühls zunächst das Entscheidende. Und da zeigt sich dann, daß hier künstlerisch begabte Kinder zuweilen richtige kleine Kunstwerke zustande bringen. Bei den Erwachsenen, die den ersten Kunstunterricht erhalten, ist der Erfolg zuweilen zweifelhaft, weil diese sich meistens unbewußt an Vorbilder anlehnen. Aber auch unter den von Arbeitern geschaffenen Bildern der Ausstellung überraschen viele durch die unmittelbare Kraft ihres Gefühlsgehalts und eine sichere rhythmische Bildgestaltung.

Einige extreme Vertreter der modernen Richtung verlangen, daß alles Arbeiten nach der Natur aus dem Kunstunterricht ausgeschlossen werde. Ich würde das für einen schweren Mißgriff halten. Denn unser Linien-, Formen- und Farbensinn entwickelt immer aus der Betrachtung der äußeren Natur und erhält aus ihr formwährende Nahrung. Durch ein lebendiges Sinnenleben in die Erscheinungsbilder der Natur und durch selbständiges Nachschaffen der gewonnenen Eindrücke wird das Form- und Farben-

### Schacher mit Abdankungsurkunden.

Braunschweig, 4. Januar. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, ist dem braunschweigischen Staatsministerium befohlen worden, daß die Abdankungsurkunde des Herzogs Ernst August von Braunschweig vom 7. November 1918 dem Herzoglichen Hause in Gmunden zum Kauf angeboten worden ist. Die Nachforschungen hätten ergeben, daß das Angebot von dem früheren Präsidenten des Freistaates Braunschweig, dem Schneider August Werges, dem jetzigen Besitzer der Urkunde, ausgegangen sei.

Wenn Werges glaubt, über eine Abdankungsurkunde, die zweifellos unüberwindliches Staatseigentum ist, als über sein Privatvermögen verfügen zu können, so ist das an sich schon ein schwerer betrügerischer Rechtsirrtum. Daß dieser Kommunist die Abdankungsurkunde aber dem ehemals regierenden Hause zum Kauf anbietet, zeigt eine erstaunliche Ueberhandnahme privatrechtlicher Inzucht über kommunistische Prinzipienfestigkeit. Von persönlicher Würde und dergleichen ganz zu schweigen.

### Vom Werk der Siedler.

Worpelwe, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Sonarix“.) Der am Reichstagsgebäude in Worpelwe abgehaltene Kongress beschloß einstimmig die Gründung der „Siedleraktion“. Ihre Aufgabe besteht darin, die wirtschaftlichen, bürokratischen und politischen Hemmnisse, die sich der Siedlerbewegung zurzeit entgegenstellen, mit allen Mitteln zu beseitigen. Zur praktischen Durchführung werden „Siedlerpioniere“ angeordnet, die die Bevölkerung zur Selbstnahrung sowie zur Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung durch gemeinwirtschaftliche Selbstsiedlung aufzurufen und anleiten sollen. Dieser entschlossene Wille zur Siedlungsarbeit wurde von den aus allen Gauen Deutschlands herbeigekommenen Siedlern mit hitzigem Beifall aufgenommen.

### Wie gespart werden könnte.

Die unaufhörlichen Hinweise der Reichs- und Staatsbehörden auf die Finanznot und die damit zusammenhängende Unmöglichkeit, die Arbeiter, Beamten und Angehörigen auskömmlich zu entlohnen, ist nachgerade bekannt. Man sollte annehmen, daß die Regierungen den in den Verwaltungsbehörden des Reiches und der Staaten gewählten Betriebsräten dankbar wären für die Anstellung von Verfahren, die allgemeine Produktivität zu erhöhen, doch weit gefehlt!

Wie uns von dem Vorsitzenden des Betriebsrats bei dem Familien Ruffen, dem Genossen Rich. Krause, mitgeteilt wird, werden die bezüglichen Anträge der Betriebsräte unbeantragt ad acta gelegt. An welche Stelle soll sich nun ein Betriebsrat nach Ablehnung seiner Anträge wenden? An das zuständige Ministerium? Gegen die dann vom Ministerium etwa angeforderten Erklärungen, die die betreffende Verwaltung an das Ministerium abgeben läßt, kann ein juristisch ungeschulter Betriebsrat natürlich nicht aufkommen. Geht er hin und versucht es persönlich, so kann er fast sicher sein, daß er die sogenannte zuständige Stelle nicht findet. Hunderttausende sind bereits verloren, und Millionen werden noch verlorengehen, wenn nicht endlich einmal auch bei den Verwaltungsbehörden die Betriebsräte mit ihren Vorschlägen ernst genommen werden.

Es kann nicht geleugnet werden, daß manche Verwaltungsbehörden aus Pretextgründen jede Anregung des Betriebsrats als verkehrt ablehnen, da sie — auf Grund der theoretischen Schulung ihrer Angehörigen — dies besser zu verstehen meinen. Wenn die Finanzämter über Wirtschaftskrisen klagen, so sollen sie versuchen, in Zukunft ihre Betriebsräte enger zur Mitarbeit heranzuziehen. Sollte nicht jeder Fingerzeig der Betriebsräte beachtet sein, so ist doch noch kein Grund vorhanden, jeden Hinweis als unbrauchbar abzulehnen. Die Betriebsräte betrachten es als ihre Aufgabe, die Republik zu erhalten und ihr zur Gesundung zu verhelfen; denn weite Kreise der in den Verwaltungsräten des Reiches und der Staaten lebenden Bevölkerung sind sich sehr bewußt, daß die Verhältnisse nicht nach den früheren Zuständen zurück; um so mehr solle man alles vermeiden, was geeignet wäre, das im besten Sinne

gefehl kritisiert. Für den ersten Kunstunterricht ist die moderne Mode zweifellos die einzig fruchtbare; denn sie vermittelt zunächst die Grundzüge aller Kunstschaffens: die Anwendung der Kunstmittel zum organischen Aufbau eines Werkes. Später aber mögen die Kunstbesessenen zum Studium der Natur übergehen.

Die Ausstellung ist bis zum 10. d. M. täglich bis 7 Uhr abends unentgeltlich geöffnet.

J. S.

Schwarzwälder Humor. Hans Thoma veröffentlicht im „Ellert“ 1921, dem Kalender für das Badener Land (G. Waisänder Verlag, Karlsruhe) eine Reihe kleiner „Schwarzwälder Geschichten“, denen wir die nachfolgenden Anekdoten entnehmen:

Das besorgte Bäcker nahm den kleinen Wilsfang Otto vor und sagte ihm, daß er nicht so ausgelassen sein soll, der liebe Gott sehe alles, und wenn er so auf Wäme und Däcker kletterte, so ließe ihn Gott einmal herunterfallen, daß er Arm und Bein breche. Oder, wenn er so am Bach herumtollte, so lasse er ihn hineinfallen, daß er ertrinke. Otto seufzte, er schien in sich zu gehen und sagte: „Welt Wäde, wenn da lieb Gott mit wär, denn hit mers gut uf de Welt.“

Vater und Mutter hatten einmal bei Tisch Meinungsverschiedenheiten, die zur Unzufriedenheit ausarteten. Dem gab der kleine Sohn, indem er für den Vater Partei ergriff, Ausdruck, daß er sagte: „Welt, Vater, wenn wir nur die da nicht genommen hätte.“

Eine arme Frau war voll Klagen und sagt: „I wollt, i wär im Himmel!“ — Da wurde auch der Mann vom Klagen angefaßt und sagte: „Jo und i wollt, i wär im Wirtshaus!“ „Du willst halt immer 's Welt ha“, — meinte darauf die Frau.

Ein bekannter Feindler war in der Daurerte bei einem Bauern im Tagelohn; er arbeitete fleißig. — Da kam der Bauer und rief dem Arbeiter etwas neckisch zu: „Welt gel, Groß, 's macht heiß, im Wirtshaus is' der wohl besser g'salle.“

„Ja, ja“, sagt der Groß, „Bidele, du hast recht; gut, daß du mi dran machst.“ Er wart auch gleich die Feigabel weg — glug schnurstracks ins Wirtshaus und ließ den Bauern allein auf der Wiese stehen.

Völkerbund und Tuberkulose. Man schreibt uns: Der Völkerbund scheint doch endlich einzusehen, daß es wirklich Verhältnismäßig ist, auch denen, die eine nützliche Wirkung als Organisationsleiter aller Kulturländer einfließen können, und zwar bei dem Kampf gegen die furchtbar verheerende Wirkung entfallende Tuberkulose. Um den Völkerbund haben in Wirklichkeit treuen zu lassen, daß man nach Paris eine Konferenz einberufen, welche jetzt zu der Gründung einer „internationalen Union“ geführt hat. Dabei waren Deutschland und die sonstigen besetzten Länder nicht eingeladen. Von der Einberufung des Tuberkulosekongresses an hat nun Deutschland in der Tuberkuloseforschung wirklich nicht an letzter Stelle gestanden, und Tuberkuloseforschungen sind ohne deutsche und österreichische Forscher wirklich undenkbar. Dabei ist Leon Bourgeois, der Vorsitzende des Völkerbundes, schon seit 1904 Präsident der Internationalen Vereinigung gegen die Tuberkulose, deren Generalsekretär Prof. Rammwig ist. Offenbar hat er das vergessen!



des Vorleses Kaiserliche Strecken der Verkehrsstraßen zu unterdrücken. Die im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisierten Betriebsräte sind gerne bereit, auf Anfragen, die die Milderung der Finanznöte zum Inhalt haben, Antworten zu geben. Sie erwarten von der Veröffentlichung dieser Zeilen, daß man an ihre Organisation herantritt, um Mittel und Wege zu finden, die ihrer Arbeit Inhalt geben. Sollte wider Erwarten nichts erfolgen, so werden sie auch den Klagen nicht glauben können, die immer angestimmt werden, wenn die Verhältnisse die Arbeiter zwingen, von ihrem Arbeitgeber, dem Staat, maßvolle Löhne und Gehälter zu fordern.

### Erregung im Ruhrrevier.

Elberfeld, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Bezirkskonferenz der S.P.D. des Niederrheins beschäftigte sich kürzlich in Düsseldorf mit der Aufstellung der Kandidaten für die Preussische Landtagswahl. Die Liste wird mit folgenden Namen eingeleitet: Heinrich Limberg, Redakteur in Essen; Karl Haberland, Parteisekretär in Wermun; Hermann Meyer, Geschäftsführer in Solingen; Karl Thielemann, Parteisekretär in Düsseldorf; Frau Thelma Lande, Elberfeld; Heinrich Thomas, Bezirksleiter der Transportarbeiter in Elberfeld; Frau Emma Grasse, Essen. Die Bezirkskonferenz nahm davon Kenntnis, daß die Erregung der Vorgarbeiterchaft im Ruhrrevier auf das höchste gestiegen ist. Wie der Referent große gewerkschaftliche Aktionen nicht ausgeschlossen. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Bergarbeiterchaft, die alles tut, um den Verpfändungen vom Spa nachzukommen, die Kohlenausfuhr nach Bayern unterbindet, um sich gegen die antinationale Oligopolpolitik zu wehren. Die Bergarbeiterchaft wird das nicht gern tun, aber die Entwicklung der Dinge wird die Bergarbeiterchaft dahin bringen.

### Scheidemann an die Horthy-Henker.

Kassel, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Genosse Scheidemann, der von den führenden Genossen in Ungarn über die dortigen Zustände informiert ist, hat an den ungarischen Ministerpräsidenten folgendes Telegramm geschickt:

Präsident ungarisches Ministerium Budapest!

Die Todesurteile gegen frühere Volkskommissare erregen Entsetzen, erwecken aber auch Empörung bei der alle Gewalttaten ablehnenden sozialdemokratischen Arbeiterchaft. Politische Einsicht und Gefühle der Menschlichkeit sprechen gegen Vollstreckung der Urteile. Anschließt mich allen, die gegen diese Urteile ihre Stimme erheben.

Scheidemann, Reichstagsmitglied.

### Ministerkonferenz der Entente?

Paris, 4. Januar. Im „Echo de Paris“ wird mitgeteilt, daß die französische Regierung vorgesehene eine Note an die englische Regierung geschickt hat, in der eine Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten in Paris zur Behandlung der deutschen und der orientalischen Frage in Vorschlag gebracht wird. Die Konferenz soll zwischen dem 7. und 12. Januar stattfinden. Aus London wird dazu gemeldet, daß man dort von der Möglichkeit spricht, daß diese Konferenz gegen Ende des Monats stattfinden werde.

Weitere Streikabschlüsse. Die Abstimmung über den Eisenbahnstreik in Kassel hatte, wie uns ein Drahtbericht aus Kassel meldet, folgendes Ergebnis: 1002 Stimmen für den Streik, 882 Stimmen gegen den Streik. Damit ist die für den Streik erforderliche Zweidrittelmehrheit in Kassel nicht erreicht worden. — Dagegen wurden in Schwerte bei Kassel von 83 Proz. abgegebenen Stimmen 75 Proz. für den Streik und von allen abgegebenen Stimmen 85 Proz. für den Streik abgegeben.

Gras August mißverstanden? Der Vertreter des vormaligen Herzogs überlieferte der Landesversammlung Abschrift des amtlichen Protokolls über die Verhandlungen mit dem braunschweigischen Staatsministerium über die Abfindung des Herzogshauses. In einem Begleitbrief behauptet er, daß Minister Cortez in

Städtische Kunstpflege in Charlottenburg. Ueberall ist jetzt in die Einzelgemeinden Groß-Berlins ein frischer Zug in die Kultursphäre gekommen. Theater, Kino, Musik, Volkshochschule wird in Angriff genommen; lang verlassene Plätze sind nun wieder belebter. Einige Bezirke haben eigene Bildungsdirektoren ins Leben gerufen. Die städtische Deputation für künstlerische Volksbildung in Charlottenburg hat in diesem Winter erstmals für breite Kreise der unentwickelten Bevölkerung zu billigen Preisen umfassende künstlerische Darbietungen organisiert. Alle Plätze werden zu Höchstpreisen verkauft und verlost. Vorgelesen sind: 8 Opernvorstellungen zum Einheitspreis von 3,50 M. für jeden Platz, 4 Einsonnettskonzerte im Deutschen Opernhaus zu 2,50 M., 6 Kammermusikmatineen zu 1,50 M., 10 Dichter- und Kompositionenabende im Schillerpark zu 1,25 M. und 15 Rezitationsabende in der Stadtbücherei zu 0,75 M.

Am Sonntag wurde in diesem Rahmen eine Tanzmatinee im Deutschen Opernhaus gegeben, an der das ganze Ballettcorps unter der Leitung Steffi Hercegs mitwirkte. Man führte auch neue Tänze auf. Der Gesamteindruck war ein recht erfreulicher. Das alte weisse abgewetzte Ballett ist erledigt, die gute Schule wird aber fortgesetzt. Gegenüber den Einzelgängen in den Konzertsälen hat der Tanz im Theater seine großen Vorzüge: das vollkommene Orchester, das diesmal unter Karl Frühworts feinsinniger Führung schon rein musikalische Gemüthsruhe, die Wirkung im Raum und die Entfaltung der Gruppentänze. Ob Walzer oder klassischer Tanz (Dvorak), jedesmal paarte sich anmutvoller Reigen mit entsprechenden Formbewirkungen. In Duettschritten (darunter einem spanischen) zeigten Fritz Werner und Steffi Herceg gute Einzelleistungen. Auch die Kinder der Ballettschule gaben ihre Können in einer Folla von Strauß und fanden natürlich hübschen Beifall.

Das Publikum nahm mit größter Dankbarkeit das Gebotene an und bewachte nur, daß das Programm bereits nach einer Stunde erschöpft war.

Musik. Am Dom brannt Walter Müller Donnerstag ein Orgelkonzert. — Die Abendmusik in der Charlottenburger Gedächtniskirche fällt am 6. Jan. aus.

Vorträge. Ueber den Geist des Kubismus in der Dichtung und Schopenhauer spricht Rudolf Blümmel am 6. Januar 7<sup>1/2</sup> Uhr in der Musikschule. — In der Treppe-Sternwarte spricht am Dienstag 7 Uhr Dr. Krenkel über den Mars; Mittwoch 7<sup>1/2</sup> Uhr Dr. Speilmann über „Die Entstehung und Bedeutung der mittelalterlichen Brautloben“.

Russische Kunst. Boris Ranewitz vom Kleinen Theater in Moskau wird am 6. Jan. im Reiteraal Heineke Gedichte in deutscher Sprache und Dichtungen von Wexel Lohol und Schuloff in russischer Sprache vortragen. — Am Kleinen Theater wird das Galkin des russischen Ensembles unter Bol. Bronski am Sonntag 3 Uhr beginnen.

Gorki und die Sowjetregierung. Entgegen den Zeitungsmeldungen, daß Maxim Gorki sich mit Lenin und Trotzki einverstanden habe und ins Ausland überzugehen beabsichtige, erklärt die zuerst in Moskau lebende Gattin Gorki, daß Gorki gegenwärtig nicht daran denke, ins Ausland zu reisen. Er habe sich in der Politik immer neutral verhalten und niemals einen politischen Posten in Sowjetrussland bekleidet. Burscht arbeitete er als Mitglied des Redaktionskollegiums in einem großen Buchverlag, der nicht nationalisiert sei.

der Eröffnung der Landesversammlung und das staatliche Presseamt die Vergleichsvorschläge des Herzogshauses in wesentlichen Punkten unrichtig wiedergegeben hätten. — Das staatliche Presseamt wendet sich gegen diese Behauptung und erklärt: Der Vertreter des Herzogshauses habe nach Bekanntgabe der herzoglichen Forderungen im Landtage einige unwesentliche Änderungen des Verhandlungsprotokolls beantragt, durch die indes die in der ersten Mitteilung bekanntgegebenen Höhe der Forderungen selbst in keiner Weise berührt worden. Die erste Mitteilung, wonach der fünfte Teil aller zum Kammergut gehörenden Domänen, das Schloß Blankenburg, das Landgestüt, das Landesmuseum und die Robotten sämtlicher Hofstaatsgebäude gefordert werden, entspricht durchaus den Tatsachen.

## Groß-Berlin Wild-West bei Spandau.

Das Räuberumtreiben in der Umgebung Berlins scheint immer bedrohlichere Formen anzunehmen. Ganze Banden tun sich zusammen, um irgend einer Stehlung, einer entlegenen Kolonie einen Besuch abzustatten. Mit vorgehaltenem Revolver werden die Leute gezwungen, ihre Borschaft herauszugeben und die geringste Widersehtlichkeit wird mit Schüssen beantwortet. Da die Leute fürchten, sich bei Anzeige in ihrer Einkommensquelle der Räuber für die Zukunft zuguziehen, unterlassen sie oft die Anzeige, wodurch natürlich dem Treiben, das zuweilen an entsetzlichen Verbrechen der amerikanischen Wildnis erinnert, nur Vorschub geleistet wird. Ganz besonders schlimm ist neuerdings die Gegend am Falkenhagener See bei Spandau daran. Hier treibe eine bewaffnete Bande ihr Spiel und das neueste Stück, das sie geleistet, gibt der überspannten Räubergeschichte nichts nach.

Infolge der Furcht der Ueberfallenen, Anzeige zu erstatten, kam dieser Fall erst nach geraumer Zeit zur Kenntnis der Polizei. Es handelt sich um einen Ueberfall am 22. Dezember auf die Behausung des Kaufmanns Veitge in der Kolonie am Falkenhagener See verübt wurde. Veitge, der in Berlin sein Geschäft betreibt, mit seiner Familie aber draußen wohnt, verließ an jenem Nachmittag seine Wohnung, um in der Nachbarschaft Geschäfte zu erledigen. Seine Frau blieb mit den Kindern im Wohnzimmer. Da trat plötzlich ein fremder Mann ein, ein zweiter folgte ihm, ein dritter blieb draußen stehen. Die Frau glaubte, daß die Fremden ihren Mann in Geschäften aufsuchen wollten und fragte deshalb den ersten: „Sie wollen wohl meinen Mann sprechen?“ Der Fremde erwiderte: „Nein, Geld wollen wir haben!“ und forderte mehrere Tausend Mark.

Als Frau Veitge erklärte, daß sie nichts im Hause habe, zogen die Räuber ihre Revolver und drohten sie mit Erschießen. Jetzt holte die Frau ihre Handtasche und übergab den Räubern 1000 M. Diesen war der Betrag zu gering. Während der dritte Mann, der auch noch eingetreten war, das Hausmädchen mit dem Revolver in Schach hielt, erklärten die beiden anderen mit vorgehaltenen Waffen der Frau, daß die ganze Bude in die Luft fliegen werde, wenn sie um Hilfe rufe, durchsuchten dann alles, fanden aber nichts mehr. Dann entfernten sie sich unter fortgesetzten Drohungen mit den 1000 M.

Als der Hausherr zurückkehrte, waren alle drei spurlos verschwunden. Auch an drei anderen Stellen in der Gegend wurden Ueberfälle in dieser Weise verübt. Es handelt sich ohne Zweifel um eine Bande, die ihr Unwesen gewerbmäßig treibt. Nachträglich wurde festgestellt, daß die Räuber auch die Fernsprechkablen durchschnitten hatten, um das Herankommen von Hilfe zu verhindern.

Der Raubüberfall bei Sacrow, über den wir im Morgenblatt berichtet, stellt sich bei näherer Untersuchung als eine mit Raffinement vorbereitete hinterhältige Tat dar. Der Ueberfallene, ein 18jähriger Paul Sax aus Marquardt, hatte den Auftrag erhalten, eine Vertikale nach der Margaretenstraße in Potsdam zu schaffen. In der Kaiserstraße fragte der junge Mensch einen gutgekleideten Herrn, welche Richtung er wohl noch der betreffenden Straße einschlagen müsse. Der Herr erbot sich, ihm den Weg zu zeigen und fing selbst auf den Wagen. Nun fuhr der Fremde den Kumpel auf die dunkle Chaussee bei Sacrow und raubte dort, nachdem er Sax durch Messerschneide unerschütterlich gemacht hatte, Wagen und Pferd.

### Parkreviere und Bestattungsämter.

Die Organisation der Park- und Friedhofsverwaltung.

Der Verwaltungsausschuß der Wohnungs- und Bestattungsdeputation für Park- und Friedhofsangelegenheiten beschloß in seiner gestrigen Sitzung, für jeden Verwaltungsbezirk ein Parkrevier einzurichten, doch soll dieses in den Bezirken I und IV (Mitte und Prenzlauer Tor) lediglich auftragsweise einem Dezernenten ohne besondere Verwaltung übertragen werden, weil es in diesen Bezirken an größeren Parkanlagen fehlt. Im alten Berlin sollen im wesentlichen die bisherigen Parkreviere beibehalten werden; der Trepptower Park wird dem Bezirk 15 überwiesen. Der Zentralverwaltung (Haupt-Verwaltung) sollen neben den generellen Angelegenheiten die allgemeinen Zwecken der Gesamtgemeinde dienende Baumhäuser in Trepptower, der Schulgarten und die Gärtnerei in Blankenfelde unterstellt bleiben. Die Verwaltung aller in den Verwaltungsbezirken vorhandenen Anlagen soll von den Gartenämtern der betreffenden Verwaltungsbezirke erledigt werden, während die Genehmigung geplanter Anlagen oder wesentliche Änderungen der bestehenden Anlagen Sache der Haupt-Verwaltung sein soll. — Die Friedhofs- und Bestattungsverwaltung wurde in ähnlicher Weise geregelt. In der Zentrale wird ein Bestattungsamt errichtet, bei den Bezirksämtern sollen Abteilungen „Friedhöfe“ eingerichtet werden. Dem zentralen Bestattungsamt sollen Friedhofs-Anlagen und Erweiterungsanlagen, allgemeine Arbeiterangelegenheiten, die einmalige Zuweisung der Friedhöfe an die einzelnen Bezirke, die Annahme der Meldungen für Feuerbestattungen und die Verteilung der Einäscherungen auf die Krematorien, die Aufstellung der Friedhofsgebührenordnung usw. unterstellt werden. Ueber die noch nicht ganz geklärten rechtlichen Verhältnisse der Kirchengemeinden zu den städtischen Friedhöfen soll ein Rechtsgutachten eingeholt werden.

Der Verwaltungsausschuß stimmte schließlich einem neuen Friedhofsgebühren Tarif für den Bezirk des alten Berlin zu, der sich auf den Selbstkosten zusätzlich 25 Proz. aufbaut.

### Die Mähe als Verräter.

Aufgeklärt ist jetzt die schwere Missetat in der Alexanderstraße, über die wir wiederholt berichtet. Dort wurde bekanntlich der Hauspfortner S. H. H. überfallen und durch Messerschneide sehr schwer verletzt. Einer der Täter hatte bei dem Ueberfall auf dem Hofe seine Mähe verloren und zurückgelassen. Die Kriminalpolizei ermittelte jetzt, daß die Mähe, deren Abbild wir auch veröffentlichten, einem 28 Jahre alten

Händlermann Max Halle aus der Reichenberger Str. 150 gehörte. Halle erschien unmittelbar nach der Tat in der Schanzwirtschaf von Möbius in der Konigsstraße ohne Kopfbedeckung und besorgte sich später einen Hut, während er bis dahin stets die Mähe getragen hat. Es wurde weiter festgestellt, daß Halle und ein Sohn des Schanzwirts Möbius, der 21 Jahre alte Schneider Paul Möbius aus der Alalbertstr. 93 über die Missetat bereits gesprochen hatten, als sie noch nicht öffentlich bekannt war. Die Frau des Halle und die Braut des Möbius leugneten bisher hartnäckig, daß die gefundene Mähe die des Halle sei. Jetzt endlich aber haben sie das zu. Bei ihren Aussagen über die Missetat hatten die beiden Frauen auch erwähnt, daß Kinder geschrien hätten. Sie selbst hätten über eine Mauer klettern müssen. Halle habe dabei die Mähe eingebüßt. Alles das trifft zu. Die beiden erzählten weiter, daß sie sich, um den Verdacht abzulenken, unter die Verfolger gemischt und mit ihnen um Hilfe gerufen hätten. Möbius wurde festgenommen, während Halle wegen Schweinefleischs bereits in Untersuchungshaft sitzt.

### Vom Kampf um die Erwerbslosenunterstützung

erschließt ein in Neukölln wohnender arbeitloser Mechaniker. Nach seiner Entlassung wandte er sich unverzüglich an die Erwerbslosenfürsorge. Zahlstelle 2 in der Wobbinstraße erklärte sich für „unzuständig“ und wies ihn an die eigentlich „zuständige“ Zahlstelle 4 in der Rogaustraße. Dort mußte er nach hundenlangem Warten erfahren, daß Zahlstelle 8 in der Soolestraße „zuständig“ war. Erst diese konnte dann seinen Unterstützungsantrag entgegennehmen. Ein paar Tage darauf kam zu ihm ein Angestellter der Erwerbslosenfürsorge und fragte ihn über die Einkommensverhältnisse der Familie aus. Nach fünf Tagen ging der Arbeitslose zur Zahlstelle 8 und meldete; aber es fehlte noch die Bescheinigung des Arbeitgebers. Weitere sechs Tage verstrichen, dann meldete der Ungeduldige wieder zur Zahlstelle. Die Bescheinigung war jetzt da, aber zunächst wurde er nun noch noch der Hauptstelle in der Ganghoferstraße geschickt. Diese wies ihn wieder an Zahlstelle 8, wo er endlich sein bisheriges Geld kriegte. Da aber die Unterstützung zum Lebensunterhalt nicht ausreichte, so versuchte der Arbeitslose bald, etwas als Probitionstreffender zu verdienen. Er meldete sich vorchriftsmäßig ab und die Unterstützung fiel weg, doch schon nach vierzehn Tagen war es auch mit dieser Erwerbslosigkeit wieder vorbei. Auf's neue mußte er sich nun um Erwerbslosenunterstützung bemühen. Jetzt eröffnete man ihm, daß die Unterstützung auf wöchentlich nur noch 28 M. herabgesetzt sei. Begründet wurde das damit, daß sein Vater in den letzten vier Wochen mehr als das Existenzminimum verdient habe. Vater hatte der Vater 21 Wochen nur halbe Beschäftigung, dann war er zwei Wochen ganz arbeitslos, in den nächsten zwei Wochen hatte er wieder halbe Beschäftigung, und dann erst begann wieder die Zeit vollen Verdienstes. Jetzt wird dem 62jährigen Mann zugemutet, seinen auf halbe Unterstützung gesetzten 28jährigen Sohn mit durchzufüttern!

### Friedrichstadt-Klinik und die Lungenkranken.

Das Nachrichtenamt des Magistrats Berlin stellt gegenüber unzutreffenden Nachrichten über die Schließung der Friedrichstadt-Klinik für Lungenkranke (Dr. Arthur Meyer) fest, daß diese Friedrichstadt-Klinik bekanntlich keineswegs das einzige Tuberkulosekrankenhaus Berlins darstellt; vielmehr sind genügend öffentliche Heilanstalten der Stadt, des Staates und städtische Heimstätten vorhanden, die Lungenkranke aller Stadien ärztlich und pflegerisch zu Tausenden versorgen. Die Uebernahme der Friedrichstadt-Klinik in städtische Verwaltung kann schon um deswillen nicht in Frage kommen, weil ihre Lage im Innern der Stadt sie selbstverständlich für eine öffentliche Lungenheilstätte gänzlich ungeeignet erscheinen läßt. Die Schließung der Lungenheilstätte bedeutet auch nicht, daß die Anstalten, soweit sie Berliner Bürger sind, in keinem anderen Krankenhaus oder in keiner Heilstätte Unterkunft finden. Es ist ganz selbstverständlich, daß Lungenkranke Berliner, die eine solche Kranken- oder Heilstättenbehandlung anstreben, diese auch unter allen Umständen erhalten, so daß für die Berliner Bevölkerung wenigstens die Schließung der Friedrichstadt-Klinik in keiner Weise eine Verringerung ärztlicher und pflegerischer Möglichkeit darstellt. Im übrigen ist einer Abordnung von Kranken aus jener Klinik ausdrücklich eröffnet worden, daß sie sofort Aufnahme in einer städtischen Anstalt finden können.

Zum Streik der Wohnungspartiers. In der Stadterordnetenversammlung hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht: „Um den unhaltbaren Zuständen, die durch den Streik der Wohnungspartiers in und vor den Häusern Berlins Platz gegriffen haben, ein Ende zu bereiten, ersucht die Stadterordnetenversammlung den Magistrat, Einigungsverhandlungen zwischen der Hausbesitzerorganisation und dem Deutschen Portierverband in die Wege zu leiten.“

Neuwahl der Elternbeiräte in Neukölln. Infolge der Neueinteilung der Einschulungsbezirke und der Sonderentscheidung der vom Religionsunterricht befreiten Kinder entspricht die jeweilige Zusammensetzung der Elternbeiräte an den einzelnen Schulen nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen. Laut Bekanntmachung in der Ortspresse ist daher die Neuwahl der Elternbeiräte für sämtliche Gemeindefunkeln auf Sonntag, den 13. Februar, festgesetzt. An den katholischen und Hilfsschulen finden Neuwahlen nicht statt. Durch die Abteilungsleiter sind sofort alle erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Es sind insbesondere für jede Schule die Wählerlisten zu bestimmen. Die Aufstellung der Kandidaten ist möglichst umgehend in Angriff zu nehmen, da die Kandidatenlisten den Wahlvorstehern bis zum 2. Februar eingereicht sein müssen. Anfragen richtet man an den Genossen D. Schulz, Neukölln, Bergstr. 139 IV.

Ankauf des Tabakhäuschens durch die Stadt Potsdam. Das Tabakhäuschen am Bassin-Platz in Potsdam, irtümlich Tabakhäuschen genannt, ist Eigentum des Kronidealkommissars und soll jetzt Eigentum der Stadt Potsdam werden. Der Magistrat hat an die Regierung das Ersuchen gerichtet um unentgeltliche Ueberlassung des Tabakhäuschens einschließlich der Inselparzelle. Als Gegenleistung wird die dauernde Instandhaltung des Tabakhäuschens in gutem Zustande zugesagt. Die Stadterordneten werden am Freitag über diesen Gegenstand verhandeln.

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. In einer großen, öffentlichen Tagung in der Wohnungsbauverwaltung, die am 6. Januar 7<sup>1/2</sup> Uhr, in der Aula des Königl. städtischen Realgymnasiums, Alalbertstr. 67/69, stattfand, wurden die Parteimitglieder und alle übrigen Kapitale der Bauverwaltung, sich mit diesem Problem beschäftigten und zur Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot Stellung nehmen. Reichelt Kaufmann, Mitglied der Sozialversicherungskommission, wird über: „Das deutsche Bauprogramm 1921-1924“ sprechen und dabei die Vorschläge behandeln, die zur Befreiung der Wohnungsnot führen sollen.

Der Berliner Mieter-Verband (Gründe Süd-West) veranstaltet am 5. Januar, 7<sup>1/2</sup> Uhr, im großen Saal der Bodbrauerei einen Vortragsabend mit Lichtbildern. Thema: Wohnungsnot, Mieterleben, trotzdem neue Steuern. — Eintritt 1 M.

## Groß-Berliner Parteinacht.

Genie, 4. Januar.

5<sup>1/2</sup> Uhr. (Charlottenburg) 7<sup>1/2</sup> Uhr im „Pirnbaum“, Colonnade 13: Funktionärskonferenz. Erscheinen aller Funktionäre Pflicht.

Morgen, 5. Januar:

9. Uhr. 7<sup>1/2</sup> Uhr: Sitzung aller Funktionäre bei Müller, Rottbuser Ufer 20/40 (Ramin).

11. Uhr. 7<sup>1/2</sup> Uhr: Funktionärskonferenz bei Fritz, Nollhofstr. 28.

12. Uhr. 7<sup>1/2</sup> Uhr: Sitzung aller Funktionäre bei Müller, Rottbuser Ufer 20/40.

Prenzlauer Tor, Sozialdem. Männerchor. Den jetzt ab in der Bühnenbauerei, Prenzlauer Tor.



